

# Elbkurier

**CDU** MAGDEBURG

Informationsblatt des CDU-Kreisverbandes Magdeburg


**Seite 2**

Zimmermann: "Die Probleme mit dem Umland ..."

**Seite 5**

Alkohol am Hassel - Alles auf Anfang?

**Seite 6**

Abend stimmte auf die Aufgaben der Landes-CDU ein

**Seite 7**

Gleichwertige Lebensverhältnisse bleiben das Ziel

**Seite 9**

Ausschüsse wechseln Vorsitz

**Seite 11**

Tunnelverlängerung - Vision für neue Stadtmitte

**Seite 14**

Warum Angela Merkel bei den Finanzhilfen ...

## Count-down für die Landtagswahlen 2011 läuft

Am 20. März 2011 finden turnusmäßig die Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt statt. Wir haben als CDU auf dem 19. Landesparteitag am 20. März 2010 Dr. Haseloff als unseren Spitzenkandidaten nominiert. Nach 4/5 der Legislaturperiode können die meisten in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Vorhaben als umgesetzt bewertet werden. Besonders wichtig sind der Doppelhaushalt für die Jahre 2010/2011, die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches, der Abschluss der freiwilligen Phase der Gemeindegebietsreform, die Beratung des Zweiten Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform und der entsprechenden Neugliederungsgesetze und die Beratung des Landesentwicklungsplanes.

Einige dieser Vorhaben sind nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen, auch in den eigenen Reihen nicht. Sie sind jedoch bei rückläufigen öffentlichen Kassen, der demografischen Entwicklung und auch der Mehrheitsverhältnisse im Landtag unvermeidbar. Insgesamt ist es gelungen, das Land gut zu

entwickeln. Dies belegen z.B. der erste Platz im wirtschaftlichen Dynamikranking, die relativ gute Entwicklung des Arbeitsmarktes - trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise - und unsere ständig guten Ergebnisse im Bildungsvergleich (PISA, IGLU-Studie). Die Richtung stimmt, unseren Kurs wollen wir fortsetzen.

Auf Stadtebene haben wir dazu beschlossen, die Wahlkreisversammlungen für die Magdeburger Wahlkreise 10 bis 13 wie folgt einzuberufen.

**Versammlung im Wahlkreis 10** (Alte Neustadt, Barleber See, Gewerbegebiet Nord, Industriehafen, Kannenstieg, Neue Neustadt, Neustädter Feld, Neustädter See, Rothensee, Sülzegrund) findet am **05.05.2010**, 18.00 Uhr in dem Beratungsraum des Bürogebäudes NICO 6, am Nicolaiplatz 6 statt.

**Versammlung im Wahlkreis 11** (Altstadt, Berliner Chaussee, Brückfeld, Buckau, Cracau, Herrenkrug, Kreuzhorst, Pechau, Prester, Randau-Calenberge, Stadtfeld Ost, Werder, Zipkeleben) findet am **28.04.2010**, 18.00 Uhr im Bürger-

haus, Zetkinstr. 17 statt.

**Versammlung im Wahlkreis 12** (Alt Olvenstedt, Diesdorf, Großer Silberberg, Neu Olvenstedt, Nordwest, Stadtfeld West, Sudenburg) findet am **06.05.2010**, 19.00 Uhr in der Gaststätte "Zum Torkrug" in der Zerrennerstraße 1 statt.

**Versammlung im Wahlkreis 13** (Beyendorf-Sohlen, Beyendorfer Grund, Fermersleben, Hopfengarten, Leipziger Straße, Lemsdorf, Ottersleben, Reform, Salbke, Westerhüsen) findet am **26.05.2010** um 18.00 Uhr im Gründungs- und Technologietransfer Zentrum Handwerk mbH (GTZH), Gustav-Ricker-Straße 62, statt.

Zurzeit ist die CDU der Stadt Magdeburg mit drei direkt gewählten Abgeordneten (Dieter Steinecke, Wigbert Schwenke, Jürgen Scharf) vertreten. Unser Ziel soll es sein, zukünftig wieder CDU-Abgeordnete in allen vier Wahlkreisen zu stellen. Ich bitte Sie, durch Teilnahme an den Wahlkreisversammlungen dazu beizutragen, den ersten Schritt zu einem erfolgreichen Wahlkampf zu tun. *Jürgen Scharf*

## Landespartei stellt sich geschlossen hinter Reiner Haseloff

Sachsen-Anhalts Christdemokraten haben am 20. März 2010 Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff einstimmig zum Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2011 gekürt.

Die rund 200 Delegierten und zahlreiche Gäste trafen sich in Peißen bei Halle, um die Frage der Nachfolge von Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer zu entscheiden. Zuvor ging CDU-Landesvorsitzender Thomas Webel in einer emotionalen Rede auf das Jubiläum der 20-jährigen Neugründung des Landesverbandes ein. Dabei würdigte er die Aufbauleistung der CDU und ihren Weg zur Sachsen-Anhalt-Partei. Genau ein Jahr vor der



Der Spitzenkandidat weist den Weg.

Foto: Lars Frohmüller

Wahl hat die CDU nun die Personalfrage eindeutig geklärt und

gleichzeitig erste inhaltliche Aussagen beschlossen. In einem

eigenen Impulspapier stellte Dr. Haseloff die Leitlinien für die künftige Regierungsarbeit vor.

Es markiert einen Aufbruch in eine neue Generation und knüpft an die bisher geleistete Arbeit an. Diese Intention konnte Spitzenkandidat Haseloff seiner Partei überzeugend vermitteln.

Neben dem Dank an seine Kabinettskollegen Dr. Karl-Heinz Daehre, Dr. Hermann Onko Aekens, Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz und Petra Wernicke und die CDU-Landtagsfraktion hob Haseloff die überragende Leistung von Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer hervor. Haseloff skizzierte anhand der Trends der Arbeitslosenzahlen ... *weiter auf Seite 4*

## Klaus Zimmermann: "Die Probleme mit dem Umland

**Elbkurier:** Herr Zimmermann, Sie sind seit knapp drei Jahren der "Finanzminister" der Stadt Magdeburg. Wie haben Sie die größte globale Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt?

Zimmermann: Vor dieser Krise waren wir finanzpolitisch auf einem sehr guten Weg. Diese Entwicklung hat uns gewaltig zurückgeworfen.

**Elbkurier:** Was heißt das konkret?

Zimmermann: Als ich 2007 angetreten bin, haben wir faktisch Schulden getilgt. Wir haben ab 2008 die aufgelaufenen enorm hohen Kassenkredite Stück für Stück abgetragen und hätten das ohne diese globalen Verwerfungen auch bis 2015 geschafft.

**Elbkurier:** Wie sind Sie 2009 über die Runden gekommen?

Zimmermann: Wir haben 2009 noch eine schwarze Null erzielt. Darauf können wir alle stolz sein, aber in diesem Jahr werden wir nach der Haushaltsplanung ein Defizit von 17,9 Mio. Euro erwirtschaften.

**Elbkurier:** Wie steht Magdeburg im Vergleich zu Städten derselben Größenordnung da?

Zimmermann: Im Vergleich mit Halle und Dessau, aber auch mit Braunschweig, Kiel und Mainz - um nur mal einige Beispiele zu nennen - können wir uns damit gut sehen lassen.

**Elbkurier:** Wie wirkt sich denn die Krise für das Stadtsäckel aus?

Zimmermann: Wir haben einerseits Mindereinnahmen und andererseits höhere Ausgaben zu verzeichnen. Unsere Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuern sinken im Vergleich zu 2008 und wir haben Mehrausgaben im sozialen Bereich zu leisten.

**Elbkurier:** Die Arbeitslosigkeit ist aber nicht gestiegen, trotz der globalen Krise. Woher rühren dann die steigenden sozialen Kosten?

Zimmermann: Das Feld ist sehr unübersichtlich. Der Bund ist für die direkte Sozialhilfe kostenmäßig verantwortlich, wir als Stadt müssen alle neben und Sonderleistungen tragen. Durch Kurzarbeit, Mini-Jobber, Aufstocker und andere ähnliche Fälle wird zwar der Bund entlastet, aber die Stadt muss die Nebenkosten wie



*Klaus Zimmermann wurde 1963 geboren, wohnt und arbeitet in Magdeburg, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Als Diplomingenieurökonom arbeitete er in verschiedenen mittelständischen Unternehmen des Kran- und Maschinenbaus. Seit 1998 ist er in der Stadtverwaltung in leitender Funktion im Bereich Finanzwirtschaft tätig. Beigeordneter für Finanzen und Vermögen ist Zimmermann seit Juli 2007. Ehrenamtlich ist er in verschiedenen Gremien und Vereinen tätig.*

*Fotos: Birgit Uebe*

Kosten der Unterkunft (Miete und Betriebskosten) und alle Sonderleistungen voll weiter tragen. Außerdem steigen die Kosten für die Hilfen zur Erziehung sehr dynamisch, weil der Verwahrlosung von Kindern vorgebeugt werden soll. Wir geben jährlich etwa 15 Mio. Euro für etwa 750 Kinder aus.

**Elbkurier:** Das klingt sehr teuer! Woher kommen diese immensen Kosten?

Zimmermann: Wir wollen Fälle wie in Schwerin und Bremen verhindern. Deshalb macht die Stadt um die immer mehr entstehenden schwierigen Familienverhältnisse keinen Bogen. Trotzdem muss an kosten-senkenden Maßnahmen auch auf diesem Sozialgebiet gearbeitet werden. Präventive Maßnahmen müssen im Vordergrund stehen.

**Elbkurier:** Wie kommen wir aus dieser finanziellen Falle von steigenden Sozialausgaben und sinkenden Einnahmen wieder heraus?

Zimmermann: Ich vertraue auf die Maßnahmen der Bundesregierung, wie zum Beispiel das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, sonst weiß ich wirklich nicht wie wir aus dieser Falle herauskommen wollen.

**Elbkurier:** Also die Konjunktur springt an und alles ist wieder gut?

Zimmermann: So einfach wird es nicht laufen, aber im Grundsatz schon. Magdeburg hat seit zehn Jahren einen straffen Konsolidierungskurs gefahren, der dazu geführt hat, dass wir jährlich etwa 70 Mio. Euro strukturell einsparen, sonst stünden wir jetzt katastrophal da. Wir haben über 500 Stellen abgebaut und tausend Mitarbeiter haben verkürzte Arbeitszeiten freiwillig akzeptiert und dafür eine fünf prozentige Lohn- und Gehaltskürzung hingenommen.

**Elbkurier:** Sehen Sie bei den Personalkosten noch Spielräume?

Zimmermann: Wir werden in den nächsten Jahren noch weitere Stellen abbauen und die Arbeitszeitverkürzung läuft 2012/13 aus. Wir werden über eine Fortsetzung oder andere Maßnahmen sicher verhandeln müssen. Aber wir müssen auch sehen, dass das Land bei der letzten Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes hinter der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD zurück geblieben ist. Die Finanzzuweisungen des Landes entsprechen immer noch nicht der notwendigen Finanzie-

rung unserer Aufgaben in der Stadt.

**Elbkurier:** Das müssen Sie erläutern!

Zimmermann: Die Arbeitsebene der Landesregierung hat einen richtig guten Referentenentwurf erarbeitet, der eine aufgabenbezogene Finanzierung der Kommunen in Sachsen-Anhalt vorsah.

**Elbkurier:** Das darf Sie nicht wundern. Die Führung der Landes-CDU sieht im ländlichen Raum die Hochburgen ...

Zimmermann: ... Das scheint mir eine Fehleinschätzung zu sein. Wenn ich mir die Ergebnisse der Bundestagswahlen vom letzten Herbst anschau, dann liegen die Ergebnisse der CDU in Magdeburg auf ähnlichem Niveau wie im ländlichen Raum. Ich habe deshalb die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass in der nächsten Legislaturperiode des Landtages das Finanzausgleichsgesetz wieder angefasst und weiter qualifiziert wird, so wie es von den derzeitigen Koalitionspartnern zu den Haushaltsberatungen 2010/11 zugesagt wurde.

**Elbkurier:** Der Weg über höhere Zuschüsse des Landes ist also sehr steinig. Wie kann die Stadt denn dann aus dem Dilemma steigender Ausgaben und sinkender bzw. stagnierender Einnahmen herauskommen?

Zimmermann: Mittelfristig gibt es nur einen Weg, aus diesem Dilemma herauszukommen: wir müssen unsere eigenen Einnahmen deutlich erhöhen. Wir haben bei den eigenen Einnahmen erst etwa 50 Prozent des Niveaus vergleichbarer Städte in den alten Ländern erreicht. In Zahlen heißt das: Magdeburg erzielt z.B. jährlich ca. 80 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahmen, bräuchte aber das Doppelte.

**Elbkurier:** Wie kommt Magdeburg zu diesen erforderlichen eigenen Einnahmen?

Zimmermann: Das müssten Sie eigentlich den Beigeordnetenkollegen Reinhard Nitsche fragen. Aber meine Antwort darauf ist, dass wir insgesamt die Rahmenbedingungen schaffen müssen, dass genügend Unternehmen entstehen, sich ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen.

*weiter auf Seite 3*

## sind keine Flächenprobleme sondern Finanzprobleme”



Nur so ist Magdeburg zukunftsfähig und kann langfristig die Finanzierung der städtischen Aufgaben selbst sichern.

**Elbkurier: Welche Rahmenbedingungen sind besonders wichtig?**

Zimmermann: Das müssen wir im Gesamtzusammenhang sehen. Damit Magdeburg als Investitionsstandort interessant ist, brauchen wir ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, eine unternehmensfreundliche Stadtverwaltung, aber auch gute Schulen und Kitas und insgesamt eine attraktive Stadt mit einem breiten kulturellen Angebot, auch wenn uns das Geld kostet.

**Elbkurier: Ein Bekenntnis zur Kultur vom Beigeordneten für Finanzen!?**

Zimmermann: Gerade die Landeshauptstadt hat den in der Verfassung des Landes verankerten Kulturanspruch nicht zu vernachlässigen. Dabei sehe ich in der Kultur nicht nur Theater oder Museum sondern eine Vielzahl privater Initiativen in der Stadt und vor allem in den Stadtteilen. Aber auch unsere Volkshochschule und die Zentralbibliothek spielen keine untergeordnete Rolle.

**Elbkurier: Im Zusammenhang mit der beginnenden Internationalen Bauausstellung in Sachsen-Anhalt wird der Wissenschaftshafen immer als Musterbeispiel für**

**erfolgreiche Ansiedlungspolitik genannt. Wie sehen Sie das?**

Zimmermann: Beim Wissenschaftshafen ist uns eine Initialzündung gelungen. Die Stadt hat mit Unterstützung von Bauminister Daehre eine erhebliche finanzielle Vorleistung erbracht. Und jetzt kommt privates Kapital und entstehen junge Firmen. Das ist in der Tat eine Erfolgsgeschichte, die wir auch bei der IBA herausstellen werden.

**Elbkurier: Wo sehen Sie in den nächsten Jahren noch Investitionsbedarf in der Stadt?**

Zimmermann: Der Stadtrat hat sich mehrheitlich für den Tunnel am Kölner Platz entschieden. Ich halte diese Entscheidung für richtig. Wir werden das finanziell auch tragen können.

**Elbkurier: Stichwort "Tunnel". Es gibt sowohl vom Kuratorium zum Wiederaufbau der Ulrichskirche als auch von Stadtrat Michael Hoffmann visionäre Vorstellungen, den Tunnel bis unter den Breiten Weg zu verlängern und zusammen mit der wiedererstehenden Ulrichskirche einen neuen Stadtplatz, eine neue Stadtmitte entstehen zu lassen. Was halten Sie davon?**

Zimmermann: Das ist eine umstrittene aber zugleich eine spannende Vision für eine neue Mitte, aber zurzeit leider nicht zu finanzieren.

Wenn sich die Finanzsituation wieder verbessert, dann könnten sich vielleicht Möglichkeiten ergeben ...

**Elbkurier: ... Sie machen die Tür nicht zu!?**

Zimmermann: Ja, man soll bei solchen langfristigen Projekten die Tür nicht zuschlagen. Ich sehe eben auch den Finanzierungsbedarf an anderer Stelle, etwa der Neubau des Strombrückenzuges oder in Südost.

**Elbkurier: Was ist mit der Erschließung von großen Gewerbe- und Industriegebieten am Stadtrand?**

Zimmermann: Im Moment verfügen wir nur über viele Splitterflächen, die über die Stadt verteilt sind. Deshalb hat Wirtschaftsminister Haseloff recht. Wir müssen im internationalen Wettbewerb um Investoren gut aufgestellt sein, deshalb halte ich die Initiative des Landes für richtig.

**Elbkurier: Glauben Sie an den großen Investor mit Tausenden Arbeitsplätzen?**

Zimmermann: Ich will die Hoffnung nicht aufgeben. Wir sollten jedenfalls die Option für eine große Investition offen halten und bei Anfragen entsprechende Flächenangebote machen können.

**Elbkurier: Bürgermeister Waserthal steht jetzt heftig in der Kritik wegen seiner Ansiedlungspolitik in Sülzetal. Haben Sie Angst**

**vor einer ähnlichen Entwicklung?**

Zimmermann: Die Situation lässt sich nicht vergleichen. Unsere Probleme mit dem Umland sind keine Flächenprobleme, sondern Finanzprobleme! Als Oberzentrum halten wir viele teure Einrichtungen vor, die genauso von den Einwohnern des Umlandes genutzt werden, aber die Umlandgemeinden zahlen dafür nichts.

**Elbkurier: Die Gemeinde Barleben engagiert sich beim Magdeburger Zoo. Ist das ein Anfang?**

Zimmermann: Es reicht bei weitem nicht, wenn Barleben das Heu für die Elefanten bezahlt. Das ist vielleicht schön in den Medien zu verkaufen, hilft uns nur wenig. Ernsthaft, Barleben könnte weit aus mehr leisten, bei Steuereinnahmen von jährlich ca. 40 Mio. Euro für ca. 10.000 Einwohner. Hier profitiert die Umlandgemeinde eindeutig von der Infrastruktur der Landeshauptstadt.

**Elbkurier: Hier sind offensichtlich noch offene Wunden im Stadt-Umland-Verhältnis!? Sind die Hebesätze bei den Gewerbesteuern eine geeignete Stellschraube für den Finanzbeigeordneten?**

Zimmermann: Da sind wir wieder beim Umland. In Barleben - und ich glaube auch in Sülzetal - werden 290 Punkte erhoben. Unser Hebesatz liegt bei 450. Das entspricht den Hebesätzen vergleichbarer Städte, mehr ist nicht drin.

**Elbkurier: Zum Schluss noch eine parteipolitische Frage. Sie sind erst 2008 Mitglied der CDU geworden. Sind Sie in der Partei gut aufgenommen worden?**

Zimmermann: Nach einer langen Zeit der guten Zusammenarbeit als ehrenamtlicher Bürgermeister vom Flecken Calvörde mit der CDU im Ort, im Landkreis und im Land war dies kein schwerer Schritt. Ich fühle mich gut aufgenommen und erfahre von allen Seiten auch die entsprechende Unterstützung. Die Arbeit im Ortsverband und Kreisverband ist interessant und konstruktiv. Die Zusammenarbeit mit den Landesverantwortlichen beruht auf Erfahrungsaustausch und man unterstützt sich, wo man kann.

**Elbkurier: Herzlichen Dank für das Gespräch.**

wik

## Fortsetzung von Seite 1: Landespartei stellt sich hinter Haseloff

... und der sozialversicherungs-  
pflichtigen Beschäftigten die  
positive Entwicklung der ver-  
gangenen Jahre und machte  
deutlich, dass diese Erfolge  
durch die engagierte und konti-  
nuierliche Arbeit der gesamten  
CDU begründet ist.

In einem Dialog mit dem Spre-  
cher der Arbeitsgruppe Demo-  
grafie, Staatssekretär André  
Schröder, arbeitete Reiner  
Haseloff die zentralen Leitlinien  
für die Regierungsperiode 2011  
bis 2016 heraus. Dazu gehören  
die Förderung und Entwicklung  
einer dynamischen Wirtschaft,  
eine Verbesserung der Bil-  
dungslandschaft, ohne die  
bestehende Struktur in Frage  
zu stellen, ein weltoffenes  
Sachsen-Anhalt mit einer posi-  
tiven Einstellung zur Globalisie-  
rung, eine verlässliche Politik  
klarer Werte sowie eine solide  
Finanzpolitik, die der Verant-  
wortung vor den kommenden  
Generationen gerecht wird.

Jürgen Scharf

## Haushaltsdefizit zwingt zu Einsparungen



Stadtrat Reinhard Stern spricht in seiner Funktion als Finanzausschussvorsitzender bei der Debatte zum Haushalt 2010. Fotos: Tobias Krull

Bei den Beratungen zum städtischen Haushalt 2010 hatten wir es erstmals mit einer neuen Situation zu tun. Nach dem die Stadtverwaltung traditionell den Haushalt gemäß der Kameralistik, getrennt nach Einnahmen und Ausgaben sowie nach Vermögens- und Verwaltungshaushalt aufgestellt hat, wird nun die Doppik in der Landeshauptstadt angewendet. Das heißt, dass die Stadt ihren Haushalt gemäß kaufmännischer Grundsätze aufstellt und z.B. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen bil-

den muss. Wir erwarten mehr Transparenz, eine Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und mehr Wirtschaftlichkeit.

Zwischen den ordentlichen Erträgen von 521 Millionen Euro und den ordentlichen Aufwendungen von 539 Millionen Euro, klafft ein Defizit von 17,9 Millionen Euro.

Ein Problem ist die große Abhängigkeit von Zuführungen Dritter und den Aufgabenübertragungen an die Kommune durch Bund und Land. Ein Haushaltskonsolidierungskonzept mit 150 Maßnahmen zwingt

uns in den kommenden Jahren zum Sparen. Die CDU/BfM -Fraktion hat mit einer Fülle von Anträgen versucht, in diesem begrenzten Spielrahmen Bürgeranliegen in dem Haushalt noch zu verankern. So können sich Bürger in Ottersleben über Beleuchtungskörper am Knochenpark freuen oder die Schwimmbadbesucher des Carl-Miller-Bades über zusätzliches Geld zur Sanierung. Mehrere Beschlüsse wurden auf Antrag unserer Fraktion gefasst. So liegt uns auch die Situation des Bades an der Leipziger Chaussee und der Sportplätze in Reform am Herzen.

Unsere Anträge für Stadtfeld wurden von einer rot-grünen Mehrheit abgeschmettert. Unverständlich ist es für uns auch, dass eine Mehrheit im Stadtrat nicht einer Untersuchung zugestimmt hat, die die Pflichtaufgaben und die freiwilligen Aufgaben hinsichtlich Einsparungen im Fokus hatte.

Wir haben dennoch dem Haushalt zugestimmt, da uns wichtig ist, dass die Aufgaben der Stadt nicht heruntergefahren werden und Aufträge für unsere Unternehmen ausgelöst werden können. Reinhard Stern

Vorsitzender des Finanz- und Grundstücksausschusses

## Die DDR war auch ein Unrechtsstaat

Derzeit gibt es wieder eine öffentliche Diskussion, ob man die DDR als Unrechtsstaat bezeichnen dürfe. In Anbetracht dieser Debatte und des zwanzigsten Jahrestages der Wiedervereinigung lud der Kreisverband des Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zu einer Diskussionsveranstaltung mit einem Zeitzeugen ein. Mit Wolfgang Stiehl, der Mitglied in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus ist, konnte ein kompetenter Gesprächspartner gewonnen werden.

Als Student reiste Wolfgang Stiehl nach West-Berlin, um sich dort beim Radiosender RIAS wissenschaftliche Bücher für sein Studium der Lebensmitteltechnik kostenfrei zu beschaffen. Was er nicht wusste, auf dieser Reise begleitete ihn nicht, wie er dachte, ein Freund, sondern ein informeller Mitarbeiter des Ministeri-



ums für Staatssicherheit. Kurz nach seiner Rückkehr wurde er verhaftet und zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Jahre 1956 kam er vorzeitig aus der Haft frei. Anders als viele seiner Leidensgenossen schaffte er es, sich wieder beruflich zu etablieren. Er erlebte jedoch immer wieder, wie die DDR mit Menschen umging, die sich ihre persönlichen Rechte nicht nehmen lassen wollten. In der Diskussion schilderten viele

der rund 20 Anwesenden persönliche Eindrücke und Schicksale. Am Schluss der Debatte stand für die Teilnehmer fest: Selbst wenn in der DDR teilweise nach geltenden Gesetzen geurteilt wurde, so bleibt sie doch ein Unrechtsstaat - nicht zuletzt auf Grund einer Justiz, die von der Regierung und ihrem Unterdrückungsapparat abhängig war, wie die politischen Urteile zeigen.

Tobias Krull

### Impressum

#### Herausgeber:

CDU-Kreisverband Magdeburg  
39104 Magdeburg,  
Fürstenwallstraße 17  
Tel. 0391 2549812  
e-mail: cdu@magdeburg.de

#### Redaktion:

Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.),  
Tobias Krull, Thomas Nawrath  
und Andreas Kern

#### Layout/Satz:

Birgit Uebe,  
Medien- und Fotografiedesign  
Tel. 0175 7670051

#### Druck:

Harzdruckerei Wernigerode  
Auflage: 1.500 Exemplare  
Erscheinungsweise:  
viermal/dreimal jährlich

## Alkohol am Hassel - Alles auf Anfang?

Das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt hat am 17. März 2010 das von der Stadt per Verordnung mit Beginn des letzten Jahres verhängte Alkoholverbot auf Magdeburgs Straßen und Plätzen gekippt. Auslöser der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts war, dass der Betreiber eines Getränke(spät)verkaufsladens am Hasselbachplatz die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt vom OVG rechtlich überprüfen ließ. Hintergrund war die sog. Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Magdeburg, die ein Verbot im gesamten Stadtgebiet für das "Lagern oder dauerhafte Verweilen in Verbindung mit Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit" aussprach, wenn andere dadurch erheblich beeinträchtigt werden.

Ein konkretes Verbot galt auch für den belebten Kneipenpunkt Hasselbachplatz in der Zeit von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr sowie ganztägig für den Bahnhofsvorplatz. Hierdurch war der Konsum alkoholischer Getränke in der Öffentlichkeit am Hasselbachplatz außerhalb der Gastronomie komplett verboten. Hauptanliegen der seitens der Stadt erlassenen Verordnung war, einerseits die Zahl der Straftaten sowie auftretende Müllberge zu vermeiden bzw. zu senken. Die Richter des OVG stellten mit ihrer Entscheidung nun-

mehr klar, dass die Ziele der Stadt Magdeburg zwar anerkanntwert seien, Straftaten, Lärm und Müll vorzubeugen. Allerdings könne eine Gefahrenabwehrverordnung nur für abstrakte Gefahren erlassen werden und nicht zu deren Vorsorge.

So sahen die Richter des OVG das konkrete Alkoholverbot für den Hasselbachplatz und den Bahnhofsvorplatz als nicht gerechtfertigt an. Sie stellten weiterhin klar, dass die Regelungen zu unbestimmt und daher problematisch seien, da der Bürger nicht erkennen könne, welches Verhalten (noch) rechtskonform sei.

Die Entscheidung des OVG wirft die Frage auf, wie zukünftig mit dem Problem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit, insbesondere am "Hassel" und am Hauptbahnhof umgegangen werden soll. Die CDU Magdeburg hatte sich in der Vergangenheit wiederholt dafür ausgesprochen, neben präventiven - den Alkoholmissbrauch in der Öffentlichkeit unterbindenden - Regelungen gerade durch verstärkte Präsenz des Stadtordnungsdienstes Trinkgelage in der Öffentlichkeit zu verhindern. Interessanterweise erfuhr das öffentliche Alkoholverbot in der Presse gerade auch von ansässigen Gastronomiebetreibern und Anwohnern Zustimmung, da Müllberge und alkoholbedingte

Auseinandersetzungen stark abnehmen. Richtig ist, dass nunmehr Handlungsdruck für neue gesetzliche (Landes)Regelungen besteht, mit denen die Kommunen (zeitlich unbefristete) Alkoholverbote für bestimmte Orte und Plätze aussprechen könnten. Allerdings sind trotz der Entscheidung des OVG der Stadt und dem Oberbürgermeister nicht die Hände gebunden. Losgelöst von der aktuellen Entscheidung existiert auch nach dem allgemeinen Ordnungs- und Sicherheitsrecht die Möglichkeit, z.B. durch Erteilung von Platzverweisen, öffentliche Alkoholexzesse zu unterbinden. Unabhängig davon hätte die Stadt die Möglichkeit, eine (wenn auch nur) zeitlich befristete Allgemeinverfügung für den betroffenen Hasselbachplatz und den Bahnhofsvorplatz auszusprechen, um so unschöne öffentliche Alkoholexzesse zu vermeiden.

Zu begrüßen ist auch die Ankündigung der Stadt, ein Verkaufsverbot für Alkohol zu bestimmten Zeiten zu prüfen. Andere Bundesländer, u.a. Baden-Württemberg, haben dies bereits vorgemacht und gute Erfolge damit erzielt. Trotz im Vorfeld geführter, kontroverser öffentlicher Diskussionen darf dort an Tankstellen, Kiosken und in Supermärkten nachts kein Alkohol mehr verkauft werden.

*Tino Sorge*

*Mitglied des Kreisvorstands*

## Dieter Steinecke hilft Erdbebenopfern in Chile



Ein Herz für die Opfer des Erdbebens in Chile hat Dieter Steinecke

gezeigt. Als er am 27. Februar 2010 von der Katastrophe erfuhr, rief er spontan bei Mariana Kern-Vidal, der aus Chile stammenden Ehefrau eines Mitglieds des CDU-Kreisverbandes Magdeburg, an. Als Steinecke wenige Tage später die Nachricht erhielt, dass sich Mariana Kern-Vidal mittlerweile entschlossen hatte, gemeinsam mit dem Katholischen Bistum Magdeburg für Opfer des Erdbebens Spenden zu sammeln, entschied er sich, die Hilfsaktion zu unterstützen. Er sprach Freunde und Bekannte an und übergab der Chilenin anschließend das eingeworbene Spendengeld.

Wer helfen will, kann auf das

Sonderkonto des Katholischen Bistums Magdeburg für die Erdbebenopfer einzahlen. Dieses Geld wird an kirchlichgemeinnützige Träger in der Heimat von Mariana Kern-Vidal weitergeleitet:

Sonderkonto Katholisches Bistum Magdeburg,

Kontonummer : 16 000 44,

Volksbank Magdeburg,

Bankleitzahl : 810 93 274,

Verwendungszweck: Erdbebenhilfe Chile.

Wer sich direkt an Mariana Kern-Vidal wenden möchte, die die Hilfe koordiniert, kann folgende E-Mail-Adresse nutzen: md\_erdbeben\_chile@yahoo.es *wik*

## Termine

### April 2010

**28.04.2010**, 18.00 Uhr  
Wahlkreisversammlung des Wahlkreises 11, ASZ Bürgerhaus Cracau, Zetkinstr. 17

**28.04.2010**, 19.30 Uhr  
OV Nord, Gaststätte König v. Preußen, Lübecker Str. 71

### Mai

**01.05.2010**, ab 11.00 Uhr  
Stand zum "1. Mai - Fest der Begegnung" im Stadtpark (Rosengarten hinter dem Aussichtsturm)

**05.05.2010**, 18.00 Uhr  
Wahlkreisversammlung des Wahlkreises 10, Beratungsraum des Bürogebäudes NICO 6, Nicolaiplatz 6

**05.05.2010**, 18.00 Uhr  
OMV, Beratungsraum der CDU-Kreisgeschäftsstelle

**06.05.2010**, 19.00 Uhr  
Wahlkreisversammlung des Wahlkreises 12  
Gaststätte "Zum Torkrug", Zerrenerstraße 1

**12.05.2010**, 19.00 Uhr  
OV Am Neustädter Feld  
Gaststätte PoMo's, Baumschulenweg 48

**19.05.2010**, 10.00 Uhr  
Senioren Union  
Zusammenarbeit JU und SU  
Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle

**26.05.2010**, 18.00 Uhr  
Wahlkreisversammlung des Wahlkreises 13, GTZH, Gustav-Ricker-Straße 62

**26.05.2010**, 19.30 Uhr  
OV Nord,  
Gaststätte König v. Preußen, Lübecker Straße 71

### Juni

**09.06.2010**, 19.00 Uhr  
OV Am Neustädter Feld, Grillabend

**14.06.2010**, 18.00 Uhr  
Gesamtmitgliedervers., Ramada-Hotel, Hansapark 2

**16.06.2010**, 10.00 Uhr  
SU, Stadtrundfahrt  
*weitere Termine S. 10*

## Kaminabend stimmte auf die Aufgaben der Landes-CDU ein

Wie in den Vorjahren veranstaltete der CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt zum Jahresanfang eine Reihe von sogenannten Kaminabenden. Für die Kreisverbände Börde, Magdeburg und Jerichower Land lud aus diesem Anlass Ende Februar der geschäftsführende Landesvorstand in das Technische Denkmal Ziegelei Hundisburg bei Haldensleben ein. Das Podium, das sich den rund 100 Besuchern, darunter auch die Minister Dr. Karl-Heinz Daehre und Dr. Hermann Onko Aeikens zeigte, war wirklich eindrucksvoll. Neben dem CDU-Landesvorsitzenden Landrat Thomas Webel saßen Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer, der heutige CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen 2011 und Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Reiner Haseloff, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Magdeburger Kreisvorsitzende Jürgen Scharf, der stellv. CDU Landesvorsitzende und Präsident der Landesverwaltungsamtes Thomas Leimbach, der CDU-Landesgeschäftsführer Bernd Reiserer und der Vorsitzende des gastgebenden Kreisverbandes Börde Holger Stahlknecht MdL im Präsidium.

In seiner Begrüßung machte der CDU-Landesvorsitzende deutlich, dass sich in diesem Jahr die CDU auf die kommenden Landtagswahlen vorzubereiten hat. Das gilt sowohl für die Bestimmung der Wahlkreis Kandidaten als auch auf inhaltlichem Gebiet. Wie auch nachfolgende Redner sprach er sich gegen Reformen um der Reformen willen aus und verdeutlichte dies am Beispiel der Schulpolitik, wo Schüler, Eltern, Lehrer und die Schulträger endlich Klarheit und Ruhe verdient hätten, so Thomas Webel. Er forderte zur offenen Diskussion der Mitglieder auf, denn nur so können die besten Lösungen gefunden werden.

In seiner Rede machte Minister Haseloff deutlich, dass es sich bei den Landtagswahlen 2011 um Schicksalswahlen für unser Land handelt. Entweder wird der erfolg-



Der heutige Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 20. März 2011, Wirtschaftsminister Reiner Haseloff, stimmte die Unionsfreunde mit einem leidenschaftlichen Appell auf den bevorstehenden Wahlkampf ein. Foto: Tobias Krull

reich begonnene Weg fortgesetzt oder unter einer rot-roten Landesregierung wird Sachsen-Anhalt wieder zum Schlusslicht und Negativbeispiel. Dabei bekräftigte er den Anspruch, dass die Union die Sachsen-Anhalt-Partei sei. Außerdem forderte er, dass das Thema der demografischen Entwicklung nicht immer nur negativ zu sehen ist sondern es gilt, die Chancen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, zu erkennen und zu nutzen. Des Weiteren forderte er den Begriff Heimat wieder mehr in den Fokus der politischen Diskussion zu bringen.

Ministerpräsident Wolfgang Böhmer machte in seiner Rede klar, dass es der Union in Sachsen-Anhalt gelingen muss die Meinungsführerschaft zu erringen. Was die geringe Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt angeht, machte er seine Sorgen bezüglich dieser Entwicklung deutlich. Hier sei die Union gefordert, durch Personen und Inhalte die Menschen zur Wahrnehmung ihres demokratischen Wahlrechts zu motivieren, so der Ministerpräsident.

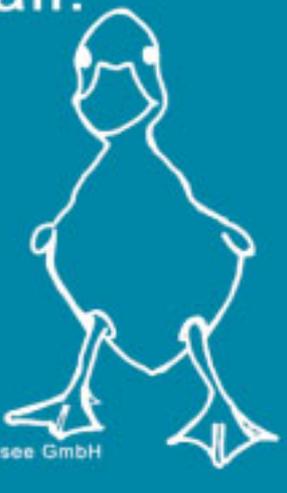
Als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion sprach Jürgen Scharf über die Bilanz der Großen Koalition in Sachsen-Anhalt. Bei allem, was geschafft worden ist, bleiben

doch grundsätzliche Unterschiede bei den politischen Zukunftsvorstellungen, die es auch öffentlich zu vermitteln gelte.

Bei der anschließenden Diskussi-

on wurden neben Fragen der Bildungspolitik auch die Möglichkeiten diskutiert, wie die Union ihr öffentliches Auftreten verbessern kann. Hubert Salzborn

Gut für die Umwelt -  
Strom und Wärme  
aus Abfall.



Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH  
Kraftwerk-Privatweg 7  
39128 Magdeburg

Telefon: 0391/ 587-25 34  
Telefax: 0391/ 587-17 84  
E-mail: info@mhkw-rothensee.de  
http://www.mhkw-rothensee.de

mhkw  
ROTHENSEE

Wir machen die Entsorgung sicher.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse bleiben das Ziel der Union

20 Jahre nach der Wiedervereinigung setzt die CDU sowohl auf die Förderung des Ostens als auch auf Hilfen für die strukturschwachen Regionen im Westen. In dem einstimmig angenommenen Antrag des Bundesvorstands "Wir sind die Union Deutschlands" gehe es um die Vollendung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einheit, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière in seiner Einführungsrede betonte. "Wir haben uns deutlich dazu bekannt, dass wir, was wir begonnen haben, auch zu Ende bringen", sagte er mit Blick auf die Rolle der CDU bei der Wiedervereinigung.

Seit der Deutschen Einheit sei zwar viel erreicht worden, sagte der Bundesinnenminister. Dennoch bleibe noch viel zu tun. So habe die Union auch heute noch "den Auftrag, die Begriffe Einheit und Recht und Freiheit zusammenzuführen". Daneben arbeite die CDU für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse

bleibe Ziel der Christdemokraten. Gleichmacherei lehne die Union allerdings ab.

Um die Deutsche Einheit zu vollenden, bekennt sich die CDU in ihrem Antrag "Wir sind die Union Deutschlands" zu zehn konkreten Maßnahmen. Neben einer finanziellen Garantie für den Solidarpakt II nimmt die CDU die aktuellen Stasi-Vorgänge im brandenburgischen Landtag zum Anlass, um für eine Verlängerung der Ende 2011 auslaufenden Überprüfungsvorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetzes einzutreten. Abgesehen davon will die CDU das System der Rehabilitation und Entschädigung überprüfen, mit der von SED und Staatssicherheit begangenes Unrecht ausgeglichen werden soll. Darüber hinaus will die CDU die Wirksamkeit der Wachstums- und Beschäftigungsförderung in den ostdeutschen Ländern erhöhen, indem ihnen bei aufbaurelevanten Förderinstrumenten Spielraum für regionale Besonderheiten eingeräumt wird. Ab 2014 sollen zudem



De Maizière: Das Ziel der CDU bleibt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnissen in Ost und West. Quelle: www.bilder.cdu.de

aus der Höchstforderung herausfallende Regionen eine angemessene Übergangsregelung bekommen. Ziel ist es, die zunächst bis 2013 befristete EU-Förderung nicht abrupt zu stoppen, sondern in den Folgejahren möglichst sanft abzuschmelzen. Die Innovationsförderung in Ostdeutschland soll demnach fortgeführt, noch ausste-

hende "Verkehrsprojekte Deutsche Einheit" sollen umgesetzt werden. Weiterhin setzt sich die CDU für die Schaffung eines "Ostsee-Adria-Entwicklungskorridors" ein. Weitere Punkte sind die Beschäftigungsförderung über "Bürgerarbeit" sowie die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts.

Bundes-CDU

## 2. Magdeburger Meile für Demokratie und Toleranz

Vor 65 Jahren wurde Magdeburg bei alliierten Bombenangriffen schwer zerstört, die Innenstadt glich danach einem Trümmerfeld. Die schreckliche Bilanz waren mehrere tausend Tote, abertausende Verletzte, ungezählte Obdachlose und Zerstörungen ungeahnten Ausmaßes. Nach der Zerstörung Magdeburgs im dreißigjährigen Krieg, im Jahr 1631, war dies die zweite Zäsur für die Stadt und die "Narben" dieser Nacht sind bis heute im Stadtbild nachvollziehbar.

Seit mehreren Jahren versuchen politische Extremisten das Gedenken für ihre Zwecke zu missbrauchen. Neonazis veranstalteten einen so genannten Gedenkmarsch in Magdeburg. Gegen diese und weitere Aktionen hat sich ein Bündnis von Stadt, Parteien, Vereinen, Verbänden und vor allem aus Bürgern gebildet, die in diesem Jahr die 2. Magdeburger Meile der Demokratie initiierten. Rund 5.000 Menschen haben als Veranstalter oder als Besucher bei der Meile ihren Einsatz für ein demokratisches und



Aktion am 16. Januar: ein lebendiges Band der Demokratie. Tobias Krull

tolerantes Magdeburg gezeigt. Gemeinsam organisierte die CDU, die Fraktion CDU/BfM im Magdeburger Stadtrat unterstützt vom RCDS und JU einen Informationsstand an diesem Tag.

Neben dem Lob für das gezeigte Engagement müssen aber auch einige kritische Punkte benannt werden. So musste unser Infostand teilweise wieder von der Polizei gesichert werden, weil offensichtliche Linksautonome sich verbal sehr

aggressiv gegenüber der Standbesetzung zeigten und es Befürchtungen gab, dass es wieder einen Vorfall wie im vergangenen Jahr geben würde. Damals wurde unser Stand von einem linkautonomen Rollkommando gestürmt und beschädigt sowie die Standbesetzung körperlich bedrängt. Diesmal war es auch der sehr hohen Personenanzahl am Stand zu verdanken, dass sich nicht ähnliches wiederholte. Fraglich ist auch, ob ein Stand, der Aufnäher mit

dem Slogan "Der schwarze Block" und diverses weiteres Material mit linksautonomen bis linksextremistischem Inhalt verkauft, seinen Platz auf der Meile der Demokratie haben sollte. Auch die Gestaltung des Programms und die Musikauswahl auf den Bühnen zeigte nicht immer die notwendige Sensibilität.

Wir fordern von allen Beteiligten eine klare Positionierung gegen jegliche Form von extremistischer Gewalt, egal mit welchem politischen oder religiösen Hintergrund. Dazu gehört auch eine ablehnende Erklärung zu den Vorfällen am Rande der Veranstaltung, wo Linksautonome mehrere Autos beschädigten, Müllcontainer anzündeten und gewalttätig gegenüber Polizisten wurden.

Um es noch einmal klar zu sagen, wir sind gegen den Neonaziamarsch, aber auch gegen linksradikale Krawallmacher. Die Opfer dieser Nacht haben ein ehrendes Andenken verdient, das sollte auch bei der Gestaltung des Programms beachtet werden. Renate Röhr

## Harter Sparkurs des Bundes wird zur "Herkulesaufgabe"

Der Bundeshaushalt 2010 ist unter Dach und Fach und stellt unser Land, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel es ausdrückte, vor eine "Herkulesaufgabe", denn es gilt schier Unvereinbares unter einen Hut zu bringen, einerseits die Konsolidierung des Haushaltes, auf der anderen Seite aber Wachstum zu schaffen. Dabei kommen wir derzeit allerdings leider nicht ohne eine hohe Neuverschuldung aus, da es parallel dazu gilt, der weltweiten Wirtschaftskrise zu trotzen. Hier hat sich gezeigt, dass die besonnene Politik unserer Bundesregierung die Folgen der Krise bei uns in Grenzen hielt. Allerdings wird die größte Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik für die Bürger nicht ohne Folgen bleiben, denn schwierige Sparmaßnahmen werden unumgänglich bleiben mit Blick auf das strukturelle Haushaltsdefizit von 66 bis 67 Milliarden Euro in den Jahren 2011 bis 2015. Das heißt, wir müssen pro Jahr zehn Milliarden Euro abbauen. Dies ist nur mit einem "harten Sparkurs" möglich, der den Aufschwung dabei allerdings nicht gefährden darf.

Die beste Wachstumsstrategie besteht darin, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen. Denn Arbeit bedeute nicht nur gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung, sondern sie ermöglicht auch Lebenserfüllung. Deshalb wird die christlich-liberale Koalition alles daran setzen, um möglichst viele der fünf Millionen Hartz-IV-Empfänger in ein qualifiziertes Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln. Die SPD vollzieht hier in der Opposition eine Rol-



le rückwärts in der Sozialpolitik. Bis heute haben es die Sozialdemokraten versäumt, ihren Anhängern zu erklären, dass die Hartz-IV-Reformen für mehr Beschäftigung gesorgt haben. Neben einer Neuregelung der Hinzuverdienstgrenzen für Arbeitslosengeld-II-Bezieher will die christlich-liberale Koalition Schwerpunkte in den Bereichen Gesundheit, Forschung, Bildung und auf dem Energiesektor setzen. Eine bezahlbare, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Industriestandort. In diesem Zusammenhang sprach sich Angela Merkel erneut für die Kernenergie als "Brückentechnologie" aus. Im Bereich Bildung will sich der Bund stärker engagieren und die zusätzlich benötigten 13 Milliarden Euro zu 40 Prozent mittragen.

Mit Verwunderung kann man nur Kritik von EU-Mitgliedstaaten an der Exportstärke Deutschlands zur Kenntnis nehmen. Die Bundesregierung muss weiterhin eine Politik betreiben, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nach vorne bringt.

Denn es ist falsch, sich nach demjenigen zu richten, der am langsamsten ist. Vor dem Hintergrund der Krise des Euro-Raums verursacht durch die Überschuldung Griechenlands, regte die Bundeskanzlerin an, langfristig die Möglichkeit zum Ausschluss eines Landes aus der Euro-Zone zu schaffen. Wenn Länder immer wieder gegen die Stabilitätsregeln verstießen und absehbar sei, dass sie diese nicht einhalten könnten, müsse ein Ausschluss als letzte Möglichkeit durchgesetzt werden können.

Zugleich warnte Merkel vor schnellen Finanzhilfen für das überschuldete Griechenland. Hier gehe es darum, langfristig Stabilität zu schaffen. Eine rasche Hilfe sei nicht die richtige Antwort. Denn die dramatische Lage in Griechenland sei nicht durch Spekulanten hervorgerufen worden, sondern sei durch eine langjährige Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verursacht worden. Deshalb gebe es keine Alternative zu dem griechischen Sparprogramm.

Mit der Verabschiedung des Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetzes werden die im Koalitionsvertrag vereinbarten Sofortmaßnahmen für einen "Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" jetzt konkret umgesetzt. Dadurch erhalten Beschäftigte in Deutschland mehr Sicherheit. Mit zusätzlichen milliardenschweren Beihilfen unterstützt der Bund im Jahr 2010 die Bundesagentur für Arbeit sowie die gesetzlichen Krankenversicherungen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Arbeitsplätze in der Krise zu sichern

und die Lohnnebenkosten zu stabilisieren. Mit dem Großteil des Geldes finanzieren wir die verlängerte Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds und die Eingliederungshilfen für Arbeitslose. Denn ohne die Zuschüsse wäre ein Anstieg der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung unvermeidlich gewesen.

Außerdem beschloss der Bundestag, das Schonvermögen von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen. Damit macht die christlich-liberale Koalition deutlich: Wer für das Alter vorsorgt, wird nicht durch seinen Konsumverzicht bestraft, sondern hat auch für den Fall der Arbeitslosigkeit richtig gehandelt. Mit der Heraufsetzung wird im Falle der Arbeitslosigkeit Vermögen geschützt, welches ein Erwerbstätiger privat für das Alter angespart hat. Für einen 45-jährigen Arbeitslosengeld-II-Empfänger sind das 33.750 Euro, die ihm nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Ein erfreuliches und denkwürdiges Ereignis feierten wir bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 20. Jahrestages der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR. Viele engagierte Bürger der ersten Stunde und der Bürger- und Demokratiebewegung waren zugegen und ließen diese Schicksalsstunden in der deutschen Geschichte noch einmal Revue passieren. Auch wenn nach wie vor viel zu tun ist, so ist wichtig, dass die Menschen ihr Schicksal selber in Freiheit und Selbstbestimmung in die Hand nehmen können.

*Ulrich Petzold, MdB*

## Kontinuierliche Arbeit in der Magdeburger Seniorenunion

Der Kreisverband der Magdeburger Seniorenunion führte vor kurzem turnusgemäß seine Vorstandsneuwahl durch.

Die langjährige Kreisvorsitzende Frau Rosemarie Arndt (1. von links) wurde für ihre sehr gute Arbeit als Kreisvorsitzende wiedergewählt. Bei ihren Stellvertretern gab es einen Wechsel, so wurde Gerhard Häusler (Bildmitte), auf Vorschlag von Reinhard Gurcke (rechts im Bild) zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden und Reinhard Gurcke zu ihrem 2. stell-

vertretenden Vorsitzenden gewählt. Dieses Dreigestirn hat sich in den vergangenen Jahren durch seine gute Zusammenarbeit und Arbeitsleistung als Vorstand mehr als bewährt.

Neben Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen Themen werden auch Veranstaltungen vor Ort angeboten. So wurden unter anderem das Puppentheater Magdeburg, ein Betriebshof der Magdeburger Verkehrsbetriebe und das Müllheizkraftwerk Rothensee besichtigt.



## Neuer Vorsitzender der KPV



Der neue Kreisvorstand: Herbert Becker, Silke Buschmann, Tobias Krull, Reinhard Stern und Hubert Salzborn (v.l.) Foto: Reinhard Gurcke

Bei der Neuwahl des Kreisvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU (KPV) wurde der Verwaltungsfachwirt **Tobias Krull** (32 Jahre) einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stadtrat Reinhard Stern wurde in das Amt des stellv. Kreisvorsitzenden berufen. Der Vorstand wird durch den Schriftführer Herbert Becker, die Beisitzerin Silke Buschmann und den Beisitzer Stadtrat Hubert Salzborn vervollständigt. Der alte Kreisvorsitzende Stadtrat Wigbert Schwenke MdL war auf Grund seiner neuen Funktion als Vorsitzender der Fraktion CDU/BfM im Stadtrat nicht wieder zur Wahl angetreten. Ihm und seinen Mit-

streitern danken wir für ihre Arbeit. Zu den Arbeitsschwerpunkten der KPV erklärte Tobias Krull: "Wir wollen als KPV nicht nur die Interessen der kommunalpolitisch Engagierten und Interessierten vertreten, sondern auch den Bürgern die Möglichkeit geben, über kommunale Belange mitzudiskutieren. Deshalb sollen in enger Zusammenarbeit mit der Fraktion CDU/BfM im Stadtrat und der CDU-Kreisfachausschüssen öffentliche Diskussionsrunden organisiert werden. Außerdem werden noch Mitstreiter gesucht. Ein entsprechender Hinweis an die CDU-Kreisgeschäftsstelle oder unter [t-krull@web.de](mailto:t-krull@web.de) genügt." *Reinhard Gurcke*

## Ausschüsse wechseln Vorsitz

Der CDU Kreisverband Magdeburg bietet seinen CDU-Mitgliedern ein breit gefächertes Spektrum für die Fachausschussarbeit an. Die CDU-Mitglieder haben die Möglichkeit sich in neun verschiedenen Fachausschüssen einzubringen und sozusagen aus der Basis heraus ihren Standpunkt darzulegen und zu diskutieren. Nicht selten bietet die Arbeit in den Kreisfachausschüssen eine solide Grundlage zur Meinungsbildung und zum besseren Verständnis.

Unumgänglich ist hierbei die Zu- und Mitarbeit der Stadträte. Optimal verläuft es, wenn gewisse Schwerpunkte, die zurzeit in der politischen Öffentlichkeit diskutiert werden, auch in den Fachausschüssen als Thema behandelt werden. Dann wiederum könnten auch Vorschläge seitens der Fachausschüsse für die Fraktionsarbeit an die Stadträte und an den Kreisvorstand heran getragen werden. Theoretisch ist das ein guter Ansatz, aber nur einige Fachausschüsse erreichen beständig dieses Ziel, was aber keineswegs als Kritik, sondern mehr als Ansporn gelten soll. Vergleichsweise gibt es in Sachsen-Anhalt keinen Kreisverband, in denen die Fachausschussarbeit so vielseitig angeboten wird

wie in Magdeburg.

Die Arbeit kann nur so gut verlaufen, wie es die Mitarbeit der CDU-Mitglieder zulässt. Umso mehr verdient die Arbeit der Fachausschussvorsitzenden meinen Respekt, denn viel Fleiß und fachliche Kompetenz sind hierbei gefragt. Es ist nur verständlich, wenn berufliche oder ehrenamtliche Wirkungskreise eine Leitung nicht mehr ermöglichen.

Der CDU Kreisverband bedankt sich recht herzlich bei **Lutz Jäger**, dem ehemaligen Vorsitzenden des Fachausschusses Wirtschaft und Arbeit, sowie bei **Andreas Schumann**, dem ehemaligen Vorsitzenden des Fachausschusses Schul-, Berufs-, Erwachsenenbildung, für die geleistete Arbeit der vergangenen Jahre.

Vom Kreisvorstand wurde im März als Nachfolger für den Fachausschussvorsitz Wirtschaft und Arbeit, Stadtrat **Michael Hoffmann** berufen und den Vorsitz des Fachausschusses Bildung übernimmt **Dr. Dietrich Lührs**, Direktor des Ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg.

Der CDU-Kreisverband Magdeburg dankt beiden CDU-Mitgliedern für ihr Engagement und wünscht den neuen Vorsitzenden eine erfolgreiche Arbeit. *Doris Memmler*

Ihr Partner für Schönheit und Schutz

39245 Gommern, Brauhausstr. 24

[www.maler-zahn.de](http://www.maler-zahn.de)



039200 40000



alter Zustand des Hauses



während der Dämmungsarbeiten



kurz vor der Fertigstellung

## weitere Termine

**16.06.2010**, 10.00 Uhr  
SU, Stadtrundfahrt

**24.06.2010**, 18.00 Uhr  
Sommerfest CDU-  
Landesverband

**30.06.2010**, 18.00 Uhr  
OMV, Beratungsraum CDU-  
Kreisgeschäftsstelle

### August

**18.08.2010**  
Seniorenunion, Busfahrt

**21.08.2010**

OV Nord, Braunschweiger  
CDU besucht Magdeburg

**25.08.2010**, 18.00 Uhr  
OMV, Beratungsraum der  
CDU-Kreisgeschäftsstelle

**26.08.2010**, 17.00 Uhr  
MIT- Wiesenfest

### September

**08.09.2010**, 19.30 Uhr  
OV Am Neustädter Feld  
Gaststätte PoMo's

**15.09.2010**, 10.00 Uhr  
SU, Hafengebietung

**11.09.2010**, 18.00 Uhr

## Herbstfest

des Kreisverbandes MD  
in der Scheune von  
Detlev Haase,  
Siedlung Baumschule  
in Magdeburg

### November

**06.11.2010**, 10.00 Uhr  
Gesamtmitgliederversamm-  
lung Neuwahl Kreisvorstand  
Ramada-Hotel, Hansapark 2

# Quo Vadis Entwicklung in Sachsen-Anhalt

Bereits zum zweiten Mal gab es eine gemeinsam von den Landesverbänden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU in Sachsen-Anhalt organisierte Veranstaltung. Unter dem etwas sperrigen Titel "Welche Auswirkungen hat die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes auf die Kommunen und den ländlichen Raum" diskutierten u. a. der Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr André Schröder, der Sprecher für Raumordnung und Umweltpolitik der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Bergmann MdL, der Landesvorsitzende der SGK und Oberbürgermeister der Stadt Köthen Kurt-Jürgen Zander und der KPV-Landesvorsitzende Dieter Klein miteinander und dem Publikum.

Zu Beginn der Veranstaltung gab es eine ausführliche Einführung zu der Thematik durch den Staatssekretär André Schröder, der die Hintergründe zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes (LEP) verdeutlichte. So haben es SPD und CDU im Rahmen des Koalitionsvertrages "Sachsen-Anhalt - Land mit Zukunft" nach der Landtagswahl 2006 entsprechend vereinbart. Inzwischen wurde bereits der zweite Entwurf dieses Konzeptes erstellt. Mit den bis zum 31.12.2009 eingegangenen Stellungnahmen soll nun ein endgültiger Schlussentwurf gefertigt werden. Dieser soll dann relativ zeitnah der Landesregierung und dem Landtag zur Beschlussfassung bzw. zur Erklärung des Einvernehmens vorlegt werden. Was aber sind die Ziele bei der Neuaufstellung des LEP? Dazu führte André Schröder aus, dass es um drei Schwerpunkte geht:

- 1. Sicherung der Daseinsvorsorge,**
- 2. Entwicklung der Wirtschaftsräume und**
- 3. Ressourcenschutz.**

Erstmals wurden bei der Aufstellung des LEP auch die Instrumente der Strategischen Umweltprüfung und der Online-Befragung eingesetzt. Dass es einen entsprechen-



*Gemeinsame Tagung der KPV und SGK zum Thema: Welche Auswirkungen hat die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes auf die Kommunen und den ländlichen Raum.*  
Foto: Tobias Krull

den Beratungsbedarf gab, zeigen die rund 4.000 beim Ministerium eingegangenen Stellungnahmen, so der Staatssekretär. Er stellte aber auch klar, dass die LEP kein Ersatz für die Fachplanung vor Ort ist und hier die Kommunen in der entsprechenden Verantwortung stehen.

Das Land Sachsen-Anhalt steht im Rahmen des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. So gibt es Studien, die dem Land im Jahr 2025 eine Einwohnerzahl von gerade einmal 1,976 Millionen Menschen vorhergesagen (Stand Mitte 2009 2,36 Millionen Einwohner). Ein Bevölkerungsrückgang der in Friedenzeiten einmalig ist. Diese Tatsache, und der aktive Umgang mit den sich aus dieser Prognose ergebenden Folgen, macht eine geordnete Landesentwicklung und die Festlegung entsprechender Rahmenbedingungen um so notwendiger, darin waren sich alle Teilnehmer grundsätzlich einig. Bei dem Wie aber zeigten sich doch Unterschiede während der Debatte.

Während der SPD-Landtagsabgeordnete Ralf Bergmann die Erarbeitung des LEP als eine kleine Erfolgsgeschichte charakterisiert, machte der SGK-Landesvorsitzende OB Kurt-Jürgen Zander darauf aufmerksam, dass das Ministerium, die Landesregierung und auch der Landtag die Bedenken und Sorgen der Kommunen und auch Bürger ernst nehmen sollen.

Zum Beispiel gibt es momentan

noch zahlreiche Unsicherheiten, was die Definition eines zentralen Siedlungsgebietes im Rahmen eines zentralen Ortes angeht. Dazu stellte der Staatssekretär klar, dass es hier darum geht, bei Orten, die ihre Flächen durch erhebliche Eingemeindungen vergrößert haben, den Siedlungskern noch einmal hervorzuheben und damit zu stärken.

In seiner Funktion als KPV-Landesvorsitzender machte Dieter Klein deutlich, dass es an einer geordneten Landesentwicklungsplanung bei aller kommunalen Handlungsfreiheit nicht fehlen dürfe. Allerdings gibt der LEP den Regionalen Planungsgemeinschaften und Kommunen an wesentlichen Stellen die Aufgabe der Konkretisierung.

In der Diskussion, an der sich die zahlreich anwesenden Kommunalpolitiker intensiv beteiligten, wurden vor allem die Probleme bzgl. der Ausweisung von möglichen Abbaufächen von Rohstoffen oder die besonderen Schwierigkeiten von dünn besiedelten Gebieten wie dem Großteil der Altmark und Teilen der Region Anhalt angesprochen. Es wurden aber auch konkrete Vorschläge wie die Bildung von Städteverbänden unterbreitet. Es bleibt abzuwarten, ob das fast Unmögliche gelingt und alle Kommunen und andere Beteiligten mit dem LEP einverstanden, ja vielleicht zufrieden sein werden.

Tobias Krull

## Tunnelverlängerung ermöglicht Vision für neue Stadtmitte

In einer gut besuchten Fachausschusssitzung am 4. Februar im Rathaus stellte Stadtrat Michael Hoffmann seine Vision eines Tunnels vom Damaschkeplatz bis zum Heumarkt mit Untertunnelung der gesamten Elbe vor. Der Tunnel würde eine erhebliche städtebauliche Verbesserung bringen und die Schaffung eines verdichteten Zentrums für Magdeburg ermöglichen. Außerdem würde eine dritte Elbquerung überflüssig, der Neubau der Strombrückenverlängerung eingespart und insgesamt der Durchgangsverkehr in Ost-West-Richtung wesentlich verbessert, was insbesondere auch bei Großveranstaltungen im Stadion, der Bördelandhalle oder im Elbauenpark voll zum Tragen käme.

Seine Kostenschätzung für das gesamte Projekt bezifferte er auf ca. 330 Mio. Euro.

Damit die Diskussion nicht ohne Bodenhaftung stattfindet, war zu dieser Sitzung zugleich der Baubeigeordnete Dr. Dieter Scheidemann eingeladen. In seiner Reaktion auf die "Hoffmann-Vision" stellte er die Kosten des Vorhabens in den Vordergrund. Angesichts zu erwartender rückläufiger Fördermittel von Bund und EU sah Scheidemann bis über das Jahr 2020 keine Möglichkeit einer Realisierung dieses



*Wird die Ulrichskirche wieder aufgebaut? Die Diskussion dazu läuft auf Hochtouren.*

großen Tunnelprojekts. In der anschließenden Diskussion, an der sich insbesondere auch die Stadträte Schuster und Kutschmann beteiligten, kam - angeregt durch die Vorstellungen von Stadtrat Hoffmann - folgendes Ergebnis zustande: Der jetzige Tunnel-Beschluss, der einen Tunnel vom Damaschkeplatz bis zum City-Carre (also vor der Otto-von-Guericke-Straße) vorsieht, ist in jedem Fall zu kurz gesprungen. Im Sinne einer langfristigen Stadtentwicklung mit der Gestaltung eines neuen attraktiven Zentrums zwischen Otto-von-Guericke-Straße und Elbe sollte kurzfristig die Verlängerung des Tunnels bis etwa zur Höhe der Hartstraße erfolgen. Dies scheint nach Ansicht des Fachausschusses ein sinnvoll-

er Kompromiss zwischen den faszinierenden Idealvorstellungen von Michael Hoffmann und dem jetzigen, völlig unbefriedigenden Beschluss.

Auch der Gedanke des Wiederaufbaus der Ulrichskirche hätte mit dieser Tunnelverlängerung eine echte Chance. Der Vorsitzende des Kuratoriums zum Wiederaufbau der Ulrichskirche hat im vergangenen Jahr im Fachausschuss sehr überzeugend darlegen können, dass der Wiederaufbau eine historisch und städtebaulich sinnvolle und geistesgeschichtlich notwendige Maßnahme ist. Noch am Abend der Sitzung erklärten mehrere Fachausschussmitglieder spontan ihren Eintritt in den Verein.

Unabhängig dazu, wie man zu die-

sem Projekt steht, sollte die verkehrliche Entwicklung in der Innenstadt so gestaltet werden, dass dieses Wiederaufbauvorhaben nicht langfristig unmöglich gemacht wird. Zusammen mit diesem Projekt ist auch die Neugestaltung der Fläche beim "Blauen Bock" zu sehen. Bislang ist es nicht gelungen, einen Investor zu finden, der dieses Filetstück bebaut, trotz bester City-Lage. Warum nicht, müssen wir uns fragen!? Offensichtlich wird an dieser sensiblen Stelle erst dann ein Projekt realisierbar, wenn die neu zu schaffende Stadtmitte insgesamt mit in den Blick genommen wird. Dazu gehört eine überzeugende Verkehrslösung und eine qualitätsvolle Gestaltung des entstehenden Platzes.

Diese Vision lohnt, von Seiten der CDU Magdeburg intensiv geprüft und weiterentwickelt zu werden. Für die Identität der Bürger mit ihrer Stadt gibt es vielleicht nichts Wichtigeres als die Schaffung einer erlebbareren Mitte, eines pulsierenden Herzens mit Anschluss an die Lebensader Elbe. An dieser Vision möchte der Fachausschuss Stadtentwicklung gerne weiter mitarbeiten und ist für jede Diskussion offen.

*Wilfried Köhler*

*Vors. des Fachausschusses Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr*

## Helmut Kohl - Der Kanzler der Einheit wurde 80 Jahre alt

Am 3. April 2010 feierte Helmut Kohl seinen 80. Geburtstag. Für die CDU Deutschlands war dies Anlass, dem Kanzler der Deutschen Einheit und Ehrenbürger Europas Danke zu sagen. Dass wir heute vereint in Frieden und Freiheit leben, in einem geeinten Europa mit einer gemeinsamen Währung, all das waren Visionen. Helmut Kohl hat sie als Mensch verkörpert, als Kanzler vorangetrieben und gemeinsam mit den Menschen in Deutschland und unseren Partnern in der Welt Wirklichkeit werden lassen.

Als CDU würdigen wir den 80. Geburtstag Helmut Kohls auch mit Blick auf sein Wirken in der Partei: In 25 Jahren Parteivorsitz hat er die CDU nach den siebziger Jahren wieder zur wichtigsten politischen Kraft in unserem Land und zur

großen Volkspartei der Mitte gemacht.

Wir haben deshalb die Möglichkeit geschaffen, dass jeder von Ihnen Helmut Kohl ganz persönlich gratulieren kann. Dazu haben wir in unserem Online-Portal unter [www.helmut-kohl.cdu.de](http://www.helmut-kohl.cdu.de) eine Sonderseite freigeschaltet, auf der Sie Ihren Glückwunsch an Helmut Kohl eintragen können. Neben einer Video-Grußbotschaft der Bundeskanzlerin an den Kanzler der Einheit finden Sie eine Bilder-Collage mit den wichtigsten Stationen seines politischen Lebens. Bitte machen Sie von unserem Angebot regen Gebrauch und tragen Sie es an Freunde und Bekannte weiter.

Gerne hätten wir als CDU Deutschlands Helmut Kohl in Berlin mit einer großen Veranstaltung gratuliert. Lei-



*Helmut Kohl prägte über Jahrzehnte die CDU Deutschlands. Höhepunkt seines politischen Schaffens waren 16 Jahre Kanzlerschaft und die Vollendung der Einheit unseres Vaterlandes.*

*Screenshot der Internetseite [www.helmut-kohl.cdu.de](http://www.helmut-kohl.cdu.de).*

der konnten entsprechende Planungen aus gesundheitlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird Helmut Kohl am 5. Mai in einer gemeinsa-

men Veranstaltung mit der Stadt Ludwigshafen und dem Land Rheinland-Pfalz in seiner Heimatstadt würdigen. *Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU Deutschlands*

## CDU-Mitglieder wurden Ehrenstadträte der Landeshauptstadt

Am 10. März 2010 war es soweit. Nach der Beschlussfassung im Stadtrat am 7. Dezember letzten Jahres erhielten mehrere ehemalige Stadträte aus den Händen des Oberbürgermeisters Lutz Trümper ihre Verleihungsurkunden und wurden damit offiziell zu Ehrenstadträten der Landeshauptstadt Magdeburg ernannt. In der Ehrenbürgerschaft heißt es hierzu: "Die Stadt kann Bürgerinnen und Bürgern im Sinne des Paragraphen 20 (2) der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt, die mindestens 15 Jahre gewählte Stadt- oder Ortsteilvertreter oder Vertreterinnen, Wahl- oder Ehrenbeamte waren und dieses Amt ohne Tadel ausgeführt haben, die Ehrenbezeichnung 'Ehrenstadträtin/ Ehrenstadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg'" verleihen. Diese Voraussetzungen erfüllen



Die Ehrenstadträte Johannes Rink, Gerhard Heini und Eberhard Seifert gemeinsam mit dem Ratsfraktionsvorsitzenden Wigbert Schwenke und dem Oberbürgermeister Lutz Trümper nach ihrer Eintragung in das Goldene Buch der Landeshauptstadt Magdeburg.

Foto: Tobias Krull

zweifelhafte die geehrten Gerhard Heini (19 Jahre Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

bzw. des Stadtrates), Johannes Rink und Eberhard Seifert (beide 15 Jahre Mitglied des Stadtrates).

Sie haben maßgeblich zur positiven Entwicklung der Stadt nach der friedlichen Revolution beigetragen und dabei in ihrem ehrenamtlichen kommunalpolitischen Engagement nicht immer nur Gutes erfahren. Trotz allem haben sie sich aber nicht verunsichern lassen und stets für die Verwirklichung ihrer Ziele weitergearbeitet. In Anwesenheit ihrer Ehefrauen durften sich die neuen Ehrenstadträte in das Goldene Buch der Landeshauptstadt eintragen.

Zu den ersten Gratulanten gehörte auch der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg Wigbert Schwenke MdL, der mit persönlichen Worten den drei Genannten für die gemeinsame politische Arbeit in den vergangenen Jahren im Stadtrat und darüber hinaus dankte. Tobias Krull

# Wir gratulieren

## Januar

Rosemarie Binder zum 80. Geburtstag  
Johanna Orling zum 76. Geburtstag  
Karl Mawrin zum 73. Geburtstag  
Lothar Jahn zum 70. Geburtstag  
Anton Wacha zum 66. Geburtstag

## Februar

Benita Behrens zum 75. Geburtstag  
Karl-Heinz Güssau zum 73. Geburtstag  
Gudrun Habenicht zum 73. Geburtstag  
Dieter Steinecke zum 66. Geburtstag  
Jutta Mildner zum 65. Geburtstag

## März

Wolfgang Klapper zum 86. Geburtstag  
Günter Lehnardt zum 80. Geburtstag  
Helga Janke zum 79. Geburtstag  
Josef Schwenke zum 79. Geburtstag  
Helga Beleth zum 78. Geburtstag  
Ulrich Germer zum 73. Geburtstag

Jürgen Bethge zum 73. Geburtstag  
Lothar Henze zum 72. Geburtstag  
Klaus-Dieter Runge zum 70. Geburtstag  
Hans-Dieter Homann zum 68. Geburtstag  
Horst Partscht zum 67. Geburtstag  
Gisela Luding zum 67. Geburtstag

## April

Melitta Schlehf zum 89. Geburtstag  
Hildegard Rogat zum 86. Geburtstag  
Horst Hollubetz zum 77. Geburtstag  
Dr. Werner Fiedler zum 73. Geburtstag  
Hans-Albert Didszonat zum 72. Geburtstag  
Ronhald Schabanoski zum 69. Geburtstag

Ingrid Fink zum 68. Geburtstag  
Thomas Veil zum 68. Geburtstag  
Eberhard Seifert zum 68. Geburtstag  
Prof. Dr. Wolfgang Dippe zum 68. Geburtstag  
Rosita Schmidt zum 67. Geburtstag  
Bernd Jacobs zum 67. Geburtstag

Karl-Heinz Suder zum 67. Geburtstag  
Bernd Bollig zum 66. Geburtstag  
Andreas Krafczyk zum 66. Geburtstag  
Petra Schubert zum 66. Geburtstag  
Hermann Deckbar zum 66. Geburtstag  
Gisela Melzer zum 65. Geburtstag

## Volkskammerwahl 1990 war "Sternstunde der Demokratie"

Das Datum ist ein Meilenstein in der jüngeren deutschen Geschichte: Der 18. März 1990. Zum ersten und einzigen Mal konnten die Bürger der DDR ihr Parlament, die Volkskammer, frei wählen. Vor allem der Druck der damaligen Oppositionsparteien ermöglichte den Urnengang, bei dem sich 19 Parteien und fünf Listenverbindungen zur Wahl stellten. Das Arbeitspensum des letzten DDR-Parlaments war enorm: Insgesamt absolvierten die Abgeordneten 38 Plenarsitzungen, in denen mehr als 150 Gesetze verabschiedet wurden. Für den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Jürgen Scharf, sind diese Wahlen ein Ereignis von geradezu historischer Dimension. Er erinnert sich: "Man muss schon bis zum Jahr 1932 zurückschauen, um sich klar zu werden, dass damals die letzten freien Wahlen in diesem Teil Deutschlands stattfanden. Den Volkskammerwahlen ist die Revolution vom Herbst 1989 vorangegangen, in deren Folge die "Runden Tische" wesentlich das politische Geschehen bestimmten. Die amtierende Volkskammer verlegte auf Druck der "Runden Tische" den ursprünglichen für die Volkskammer vorgesehenen Wahltermin vom 6. Mai 1990 auf den 18. März vor. Dieses war notwendig, weil die Legitimation der staatlichen Behörden zerbröselte, das öffentliche Leben aber aufrecht erhalten werden musste. Die

Menschen wollten Klarheit in ihrer politischen Perspektive. Die Wahlvorbereitungen waren kurzfristig, es konnten keine Direktkandidaten aufgestellt werden, die Volkskammerwahl war eine reine Listenwahl. Sie brachte für viele Beobachter und auch für mich ein überraschendes Ergebnis. Die ursprünglichen Protagonisten der friedlichen Revolution, die Bürgerbewegungen, schnitten relativ schlecht ab. Sie blieben insgesamt unter fünf Prozent. Wahlsieger wurde die "Allianz für Deutschland", in der die CDU, der Demokratische Aufbruch und die DSU vereinigt waren. Am 12. April konnte unter Ministerpräsident de Maizière eine Regierung unter breiter Beteiligung demokratischer Parteien und Gruppierungen gebildet werden. Diese Regierung führte den Osten Deutschlands zielstrebig in die deutsche Einheit, die schließlich über den Staatsvertrag vom 18.5. über eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 30.06. und den Einigungsvertrag vom 31.8.1990 erstmals sichtbare Gestalt annahm. Die Wiedervereinigung selber erfolgte zum 3. Oktober desselben Jahres. Rückblickend kann man feststellen, dass diese Monate Sternstunden deutscher Demokratie waren. Hier wurde Demokratie gelernt, gelehrt, aber auch angenommen und wahrgenommen. Mit einer Wahlbeteiligung von

über 93 Prozent wurde ein Ergebnis erreicht, was in den Folgejahren nie mehr erzielt wurde.

Auch wenn Revolutionszeiten natürlicherweise Zeiten einer besonderen Mobilisierung sind, so sollen uns doch die politischen Ereignissen von 1989/90 daran erinnern, zu überlegen, wie die parlamentarische Demokratie, die damals von allen ersehnt worden ist, wieder attraktiver ausgestaltet werden kann, so dass auch bei heutigen Wahlen die Gewählten sicher sein können, von einem großen Teil der Bevölkerung in ihrer politischen Verantwortung getragen zu werden."

Der Landtag von Sachsen-Anhalt würdigte die Volkskammerwahl mit einer aktuellen Debatte am 18. März 2010. Landtagspräsident Dieter Steinecke erklärte: "Uns allen ist bewusst, welche große Errungenschaft diese freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 darstellen. Er erinnerte daran, dass er selbst als stellvertretender Wahlleiter im Bezirk Magdeburg eine persönliche Erinnerung an diesen Tag habe. Erstmals frei wählen zu können, war ein ungewohntes, aber gleichzeitig großartiges Gefühl, das ich niemals vergessen werde."

Er ging auch darauf ein, dass die Wahl vom 18. März 1990 ein klares Plebiszit für die schnelle Wiedervereinigung Deutschlands war. Eindeutig hätten die politischen Kräfte die besten Ergebnisse erzielt, die sich für den

schnellsten Weg zur deutschen Einheit - den des Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes - eingesetzt hatten. Eine Entscheidung, die aus seiner Sicht alternativlos war: "Das Zeitfenster für das Erreichen der Einheit Deutschlands war nur für kurze Zeit geöffnet. Spätestens mit dem Staatsstreich gegen den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow am 19. August 1991 hatte sich die Großwetterlage in Europa geändert. Die Chance zur Einheit in Freiheit wäre wohl schon im September 1991 vertan gewesen."

Steinecke richtete den Blick auch nach vorn und mahnte die Landtagsabgeordneten: "Die Mitglieder der frei gewählten Volkskammer haben mit ihren Entscheidungen auch die Wiedergründung unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt ermöglicht. Wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind aufgefordert, in unserem jungen Landesparlament dauerhaft demokratisches Wirken mit und für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Unser aller Verpflichtung ist es, die Basis der Demokratie in Sachsen-Anhalt weiter zu festigen und für unsere Nachkommen dauerhaft zu sichern! Demokratie ist mehr! Demokratie braucht unser ganzes Herz und unseren ganzen Verstand. Dies ist das Erbe der friedlichen Revolution von 1989 und 1990."

Andreas Kern

**Jubiläumsangebote**

↙ bis 22. Mai Jubiläumswochen bei KTT

↘ 12. April bis 22. Mai 0% Finanzierung

**20 JAHRE**  
Küchen · Elektrogeräte · Klecker

**KÜCHEN  
TECHNIK  
TRIEBEL**  
Fachhandel & Kundendienst

Halberstädter Str./  
Klausenerstr. 1  
39112 Magdeburg  
Tel. 0391 6224459  
www.triebel.kuechen.de

Küchen ganz persönlich

gustafson  
Küchen

## Warum Angela Merkel bei den Finanzhilfen auf die Bremse trat

Beim Zeus! Wochenlang soll Angela Merkel eine rein europäische Lösung zur Rettung der klammen Griechen verhindert haben. Prompt wurde die deutsche Kanzlerin von den griechischen Medien zum Feindbild Nummer Eins erklärt. Und in Brüsseler Runden sprach man schnell von "Madame Non" - "Frau Nein". Wie einst Margaret Thatcher", sagten britische Beobachter: "Nur nicht ganz so schrill wie die Lady" - die einst Premierministerin Großbritanniens war. Auch hierzulande gab es Kritik. So warf etwa der grüne Europa-Politiker Daniel Cohn-Bendit der Berliner Regierungschefin vor, sich von der pro-europäischen Linie Helmut Kohls zu lösen.

Doch sachgerecht war solche Kritik in keinem Fall. Vielmehr fand der Merkel-Vorschlag, den Internationalen Währungsfonds (IWF) in eine nachhaltige Lösung der Griechenland-Krise einzubinden, bei Volkswirten und der deutschen Wirtschaftspresse viel Zustimmung. Der Tenor: Eine alleinige europäische Lösung des Griechenland-Problems würde gerade Deutschland viel Geld kosten. Teilten sich jedoch der IWF und die Euro-Staaten die Summen, kämen auf die Bundesrepublik geringere Lasten zu.

Viel schwerer wiegt bei Experten jedoch: Der IWF verfügt über jahrzehntelange Erfahrung, wenn es darum geht, überschuldete Staaten vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Argentinien half er nach dem Staatsbankrott im Jahr 2001 wieder auf die Beine. In Europa hat er zuletzt Rumänien, Lettland und Ungarn gemeinsam mit der EU geholfen. Der IWF ist zudem sofort einsatzbereit - und er verfügt über das nötige Kapital.

Unterstützung fand die Merkel-Position daher auch beim früheren Chefvolkswirt der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (EZB), Otmar Issing. Seiner Einschätzung nach muss Griechenland bei seinen Sparanstrengungen noch eine Schippe zulegen. Er erinnerte zudem daran, dass das Land aus seiner Teilnahme an der Euro-Zone "riesige Vorteile" gezogen habe und auch erhebliche Mittel aus EU-Fonds erhalte. Erst wenn Griechen-

land ein glaubwürdiges Programm zur Gesundung seiner Staatsfinanzen vorlege, aus dem ersichtlich werde, "dass die Regierung nicht nur Vorhaben verkündet, sondern sie auch einhalten wird, dann gewinnt Griechenland auch auf den Finanzmärkten wieder an Schuldnerfähigkeit", sagte er gegenüber Medien.

In der Tat: Es scheint etwas faul zu sein, im Staate Griechenland! Landeskenner sprechen davon, es sei eine "Herkulesaufgabe", die maroden griechischen Staatsfinanzen wieder auf Vordermann zu bringen. So bestand eine Aufgabe des griechischen Sagenhelden Herkules in der Reinigung der Ställe des Augias, die dreißig Jahre nicht mehr ausgemistet worden waren. Er löste diese Aufgabe, indem er zwei Flüsse umleitete und zog dann weiter, um die Olympischen Spiele zu gründen. Das finanzpolitische Stündenregister der Hellenen ist - objektiv - lang und schwerwiegend. So war bereits 2004 herausgekommen, dass sich Athen mit frisierten Zahlen den Beitritt zur Euro-Zone erschlichen hatte. Auch in der aktuellen Krise steht der Vorwurf der Verschleierung des enorm ausufernden Staatsdefizits im Raum. Die "roten Zahlen aus Athen" wurden lange Zeit schön gerechnet. Mitunter sogar mit Hilfe der Pleite-Bank "Lehman Brothers".

Doch nicht nur bei den Finanzen liegt einiges im Argen: Im Fokus steht ebenso die Korruption. Diese ist laut "Transparency International" in Wirtschaft und Gesellschaft des Landes tief verankert. Im vergangenen Jahr zahlte jeder Grieche durchschnittlich 1355 Euro Bestechungsgeld, wie aus Studie der Anti-Korruptions-Organisation hervorgeht.

Verantwortlich für die Misere Griechenlands waren die abwechselnd konservativen und sozialistischen Regierungen. Diese werden übrigens von drei Familienclans dominiert. So trugen seit der Rückkehr Griechenlands zur Demokratie in den 70er Jahren die Regierungschefs in Athen und die Vorsitzenden der beiden großen Parteien "Paskok" (sozialistisch) und "Nea Demokratia" (konservativ) im wesentlichen nur drei Namen: Papandreou, Karamanlis und Mitsotakis. Spitzenämter

wurden von Vätern an Söhne - und von Onkeln an Neffen - weitergereicht. So regiert seit 2009 wieder ein Papandreou die Hellenen. Der heißt mit Vornamen Giorgos und ist der Sohn von Andreas - der in den 80er und 90er Jahren Premierminister war.

Andreas Papandreou war ein Meister darin, europäische Fördermittel in Brüssel einzuwerben, um diese dann zuhause für Staatskonsum, anstatt für Investitionen einzusetzen. Natürlich tat Sozialist Papandreou das, was auch seine konservativen Widersacher namens Karamanlis und Mitsotakis gerne taten. Nach gewonnen Wahlen wurden ihre jeweiligen Parteigänger gerne im großen Stil in den Staatsdienst gehoben - ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf in den Behörden. So arbeitet Presseberichten zufolge mittlerweile ein Drittel der griechischen Arbeitnehmer für "Vater Staat". Außerdem können nach wie vor viele "öffentliche Bedienstete" mit Anfang 50 in Pension gehen. Das mittlere Renteneintrittsalter liegt in Griechenland bei 61 Jahren.

Im Privatsektor ist Schwarzarbeit in den meisten Branchen üblich. Ob Taxifahrer, Kellner oder Gärtner: Die so genannte Schattenwirtschaft erreicht laut OECD in Griechenland rund 65 Mrd. Euro jährlich. Auf zweistellige Milliardenbeträge belaufen sich die nicht gezahlten Arbeitgeberbeiträge an Renten- und Krankenkassen. Eine Studie des griechischen Gewerkschaftsverbands ergab, dass nahezu jeder zweite Grieche schwarz arbeitet und deshalb keinen Rentenanspruch erwir-

schafft. Diese Schwarzarbeiter sind später auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen.

So ist nur folgerichtig, dass die öffentliche Zustimmung für Merkels vorsichtiges Agieren hoch ist. Umfragen zeigen, dass 70 Prozent der Deutschen und viele Franzosen gegen die Rettung der verschwenderischen Griechen sind. Nach der Entscheidung für die internationale Lösung für Griechenland, unter Einbeziehung des IWF wird die Entwicklung nun davon abhängen, ob Giorgios Papandreou die an Wohltaten gewöhnte Bevölkerung von seinem schmerzhaften Sparkurs überzeugen kann. Permanente Generalstreiks und eine handlungsunfähige Regierung könnten die Reformpolitik des Premierministers und damit auch die Stabilität des Euro wieder gefährden. Kommt es in Griechenland zum Kollaps, drohen weitere finanzschwache Länder in Turbulenzen zu geraten, die auch hohe Schuldenlasten drücken und wegen ihrer wenig wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften besonders anfällig für die Krise sind.

Merkel weiß daher: Ein Staatsbankrott Griechenlands muss vermieden werden, sollte der Euro als Gemeinschaftswährung nicht nachhaltig Schaden nehmen. Daher kann Deutschland gar nicht anders, als EU-Partner Griechenland beizustehen. Aber die Kanzlerin schaut zu recht "auf die Noten". Es gilt Leistung für Gegenleistung. Der griechische Weg aus der Krise muss glaubwürdig sein. Nur so kann der Euro gestärkt aus der gegenwärtigen Situation hervorgehen! A. Kern



Grafikdesign  
 Satz/Vorstufe  
**Druck**  
 Weiterverarbeitung  
 Logistik  
 Fon 0 39 43 / 54 24 - 0  
 www.harzdruck.de

## Großstadtfractionen treffen CDU-Parteivorsitzende



Mitte März tagte der Arbeitskreis der Großen Städte in der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU in Berlin. Im Rahmen dieses Arbeitstreffens gab es auch eine Gesprächsrunde mit der CDU-Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB und dem CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe MdB.

Hauptthema war die prekäre finanzielle Lage der Kommunen in Deutschland. So wird allein in diesem Jahr das Finanzierungsaldo der Städte und Gemeinden bei über 12 Mrd. Euro liegen. Die CDU-Bundesvorsitzende verwies auf die Kommission zur Reform der Gemeindefinan-

zen, die vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese verfolgt dabei nicht nur das Ziel, die Einnahmen der Kommunen stabiler und konjunkturunabhängiger zu gestalten, sondern hinterfragt auch die Standards, an denen sich die Gemeinden bei ihrer Aufgabenerfüllung zu orientieren haben. Die Parteiführung zeigte sich besorgt über die Situation der Kassenkredite der Kommunen. Die kommunale Selbstverwaltung sei in Gefahr, wenn vor Ort kaum noch entschieden und gestaltet werden könne, so die Parteivorsitzende.

Weitere Themenkomplexe waren die Neuregelung zur Wahrnehmung der Aufgaben gemäß SGB II, besser

bekannt als Hartz IV, und die dazu avisierte Änderung des Grundgesetzes sowie die weitere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Hier forderten die anwesenden Kommunalpolitiker mindestens die Beibehaltung des bisherigen Bundesanteils von 23 Prozent an den anfallenden Kosten.

Die CDU-Bundesvorsitzende versprach den Dialog mit den Vertretern der Kommunen fortzusetzen und die Sorgen und Nöte dieser bei zukünftigen Entscheidungen im Fokus zu behalten.

Am Rande der Veranstaltung vereinbarte der stellv. Vorsitzende der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg

Stadtrat Reinhard Stern, der neben Stadtrat Hubert Salzborn zu dieser Tagung angereist war, mit dem Braunschweiger CDU-Ratsfraktionsvorsitzenden Wolfgang Sehrt und dessen Fraktionskollegen Carsten Müller die Intensivierung der Zusammenarbeit. So ist ein Besuch der CDU-Vertreter aus der Welfenstadt in der kommenden Zeit in Magdeburg in Vorbereitung.

Der Arbeitskreis Große Städte der KPV setzt sich zusammen aus den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführern der 40 größten Städte und der Landeshauptstädte.

*Tobias Krull, Foto: Bernhardt Link*

## Zusammenarbeit und Geschlossenheit für eine starke CDU

Wie es in dem von der CDU-Gesamtmitgliederversammlung beschlossenen Leitantrag "Wir sind Magdeburg. Leitlinien der CDU für die Landeshauptstadt Magdeburg" formuliert ist, ist die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen allen CDU-Vertretern eine Daueraufgabe für alle Beteiligten.

Gemäß dieser Aufgabenstellung luden der Vorsitzende der CDU Magdeburg, Jürgen Scharf MdL, und der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM im Stadtrat, Wigbert Schwenke MdL, gemeinsam zu einer Klausurtagung ein. Mit den Mitgliedern des CDU-Kreisvorstandes, den Vorsitzenden der CDU-Ortsverbände, den Mitglieder der Ratsfraktion, den sachkundigen Einwohnern und den Vorsitzenden der CDU-Kreisfachausschüsse war ein sehr breites Spektrum der Union in Magdeburg zu diesem Termin eingeladen worden.

Zu Beginn der mehrstündigen Dis-

kussion schilderte der Kreisvorsitzende vor vollbesetztem Saal ausführlich, unter welchen bundes-, landes- und kommunalpolitischen Rahmenbedingungen die CDU in Magdeburg auf den verschiedenen Ebenen arbeitet. Dazu ergänzte der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM, welche aktuellen Probleme und Aufgabenstellungen es im Stadtrat gibt, z. Bsp. durch die immer weiter ansteigenden Kosten im Sozialbereich.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem darum, welche Wege die CDU beschreiten kann, um die regionale Zusammenarbeit zu befördern oder welche Chancen bestehen, dass die Landesregierung doch noch einen sogenannten Hauptstadtvertrag mit Magdeburg abschließt. Weitere Themen waren die Errichtung einer Umweltzone in der Magdeburger Innenstadt, die Finanzlage der Landeshauptstadt im Allgemeinen sowie die Besetzung der politischen Kernmar-

ke "Ordnung und Sicherheit" durch die Union in der Landeshauptstadt. Darauf folgend schilderten die anwesenden Vorsitzenden der CDU-Kreisfachausschüsse jeweils den aktuellen Sachstand der Arbeit in diesen Fachgremien. Hier wurde deutlich, dass bei einer Vielzahl von Ausschüssen noch Optimierungsbedarf besteht und sich teilweise auch personelle Veränderungen vom Vorsitz ergeben. Entsprechende Schritte diesbezüglich wurden bereits unternommen, so dass gemäß Beschluss des CDU-Kreisvorstandes neuer Vorsitzender des KFA Arbeit und Wirtschaft Stadtrat Michael Hoffmann wurde und der KFA Schulbildung, Berufsbildung, Erwachsenenbildung zukünftig von Dr. Dietrich Lührs geleitet wird. Ihren Vorgängern Lutz Jäger und Andreas Schumann an dieser Stelle herzlichen Dank für die geleistete Arbeit. Breiten Raum nahm auch die Debatte zu Fragen der Presse- und Öffent-

lichkeitsarbeit sowie der Arbeit im vorpolitischen Raum ein. Was den ersten Punkt angeht, wurde eine engere Verzahnung aller Ebenen gefordert, damit Themen erfolgreich öffentlich besetzt werden können und dies nach einer fachlich fundierten Diskussion. Bezüglich der Rolle der Arbeitsgruppen für Gemeinwesenarbeit in den einzelnen Stadtteilen gab es durchaus unterschiedliche Auffassungen, grundsätzlich wurde aber die Notwendigkeit gesehen, bei den entsprechenden Sitzungen als Union aktiv Präsenz zu zeigen. Denn nur wenn sich die Magdeburger CDU bzw. ihre Vertreter auch in den Vereinen, Initiativen, Verbänden und Gremien vor Ort aktiv einbringen, können wir den Auftrag des Grundgesetzes an die Parteien gemäß Artikel 21 erfüllen der da lautet: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit."

*Reinhard Gurcke  
Fraktionsgeschäftsführer*

# JU: Besuch beim Partnerverband Braunschweig und Spende

CDU-Kreisverband Magdeburg · 39104 Magdeburg · Fürstenwallstraße 17



Auch in diesem Jahr besuchte eine Delegation von CDU/JU-Mitgliedern aus Magdeburg, darunter die CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Stadtrat Daniel Kraatz und Gerhard Häusler sowie der stellv. CDU-Kreisvorsitzende und JU-Kreisvorsitzende Tobias Krull, die traditionelle "Schnitzelparty" in Braunschweig. Diese wird gemeinsam von den dortigen Ortsverbänden und der JU veranstaltet. Dabei erwarteten die Magdeburger Gäste nicht nur kulinarische Genüsse. Gemeinsam hatten die Verantwortlichen von CDU und JU auch ein buntes und sehr abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm organisiert. So verzauberte der King of Rock'n' Roll, Elvis Presley, die Zuhörer mit seinen Darbie-

tungen und sorgte für die ein oder andere Tanzeinlage. Selbstverständlich wurde der Abend auch dafür genutzt, die bestehende Partnerschaft zwischen den Verbänden aus Braunschweig und Magdeburg zu vertiefen. Unter anderem gab es dazu Gespräche mit der dortigen CDU-Kreisvorsitzenden Heidemarie Mundlos MdL, ihrem Stellvertreter und Stadtrat Carsten Müller, dem neugewählten Verbandsdirektor des Zweckverbandes Großraum Braunschweig Hennig Brandes, dem Landesvorsitzenden der JU Braunschweig Claas Merfort und dem stellv. JU-Kreisvorsitzenden Thorsten Köster sowie der Ortsverbandsvorsitzenden Braunschweig/Südstadt-Lindenberg,

Angelika Hollbach. Bereits jetzt sind zwei konkrete Termine für Gegenbesuche aus der Welfenstadt in der Landeshauptstadt vereinbart. Denn zu einer lebendigen Städtepartnerschaft, wie sie zwischen Braunschweig und Magdeburg seit 1987 besteht, gehört vor allem der Kontakt zwischen ihren Bürgern.

*Maximilian Schmidt  
JU-Pressesprecher*

Auch im Jahr 2009 sammelte die Jungen Union Magdeburg, unterstützt von der Firma Magdeburger Gastro Konzept GmbH, Spenden für den guten Zweck. Beim Glühweinverkauf, bei der Spendensammlung auf der CDU-Gesamtmitgliederversammlung sowie verschiedenen Sammlungen bei Weihnachtsfeiern kam der stolze Betrag von 1.100 Euro zusammen. Wie in den Vorjahren wurde das Geld für zwei Projekte verteilt. Die eine Hälfte der Summe ging an den Magdeburger Förderkreis krebskranker Kinder e.V. Das Geld fließt in die Stiftung zur dauer-

haften Betreuung des Elternhauses für krebskranke Kinder. Die andere Hälfte der Spendenmittel ging an Förderverein für das Blutspendewesen in Magdeburg e.V. Neben der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins zur Gewinnung von neuen Spendern, gerade in der jüngeren Generation, soll mit dem Geld auch die Ausstattung des Spenderbereichs in der Uni-Blutbank finanziell unterstützt werden.

Bereits mit der JU-Blutspendeaktion "Schwarze geben Rotes" unterstützt unsere Organisation die Blutbank der Universitätsklinik bei ihrer wichtigen Arbeit nach Kräften.

*Freyja Gergs, Foto: Elke Lindner*

## Neujahrsempfang

Auch in diesem Jahr veranstaltete der CDU Kreisverband Magdeburg einen Neujahrsempfang. Aus diesem Anlass konnte der CDU-Kreisvorsitzende Jürgen Scharf MdL über 200 Gäste in den Räumlichkeiten der Stadtparkasse in der Lübecker Straße begrüßen. Darunter waren zahlreiche Vertreter aus Politik, wie der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Dr. Hermann Onko Aei-kens und Staatsminister Rainer Robra, der Wirtschaft und aus Vereinen und Verbänden.

Als Gastredner des Abends hielt der Landtagspräsident Dieter Steinecke ein beeindruckendes Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft als Ausgleich zwischen den Kräften des Marktes und den notwendigen Sozialleistungen.

Im Anschluss an die Reden gab es noch Gelegenheit ins Gespräch zu kommen und diese wurde dann auch reichlich genutzt.

*Tobias Krull*



**Neue Wege sehen – Neue Wege gehen**

Soziale Projekte	Qualifizierungen	Firmeninterne Weiterbildungen
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Leben mit SINN „Soziale Integration Neue Neustadt“</li> <li>- ANNA - Betreuung und Coaching erwerbsloser Bürger gefördert durch den Europäischen Sozialfonds</li> <li>- SAMAMIGA - Sozial- und Arbeitsmarktintegration auch für Menschen mit Migrationshintergrund</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kaufmännische Fortbildung</li> <li>- Vertriebsingenieur</li> <li>- Personaldisponent</li> <li>- Präsenzkraft in der Altenpflege</li> <li>- Mitarbeiter im Service-Center, technisch-kaufmännische Orientierung</li> <li>- Existenzgründungsberatung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Personalwirtschaft/Personalmanagement</li> <li>- Schlüsselqualifikationen</li> <li>- Führungskräftecoaching</li> <li>- Mentoren-Training</li> <li>- Verkauf/ Verkaufstraining</li> <li>- Aktualisierungslehrgang AEVO</li> <li>- Modernes Telefonmanagement</li> </ul>

Institut für Marktwirtschaft gGmbH · Nicolaiplatz 6 · 39124 Magdeburg · Telefon: 0391 737925  
Fax: 0391 7379290 · E-Mail: magdeburg@ima-wissen.de · Internet: www.ima-wissen.de